

Antrag I-6
Jusos Bezirk Hannover

Empfehlung der Antragskommission
Erledigt

Unser Blick auf die Welt: ein Aufschlag für eine progressive Friedens- und Entspannungspolitik

1 "Diese Welt zerfällt, überall Krisen oder Krieg- Die
 2 Bienen sterben, Terror in Brüssel und Paris". Dieses
 3 Songzitat der linken Hip-Hop Band Antilopen Gang
 4 beschreibt die aktuelle Situation weltweit sehr gut.
 5 Die Welt verändert sich in einem rasanten Tempo.
 6 Die Chancen, die damit einhergehen, werden aber
 7 von einigen Herausforderungen und Konflikten be-
 8 gleitet.
 9 Um diesen Gegebenheiten adäquat begegnen zu
 10 können, muss die Politik neue Narrative in der
 11 Friedens- und Entspannungspolitik finden. Das Ziel
 12 einer jungsozialistischen Politik in diesem Bereich
 13 muss eine Erzählung von Solidarität und Gemein-
 14 schaft sein.
 15 Wir müssen das aktuelle System analysieren und
 16 seine Grenzen aufzeigen. Vor allem aufgrund des
 17 (Wieder) Erstarkens radikaler rechter Kräfte müs-
 18 sen wir eigene Analysen aufzeigen und der Panik-
 19 mache dieser Kräfte etwas entgegensetzen. Die Be-
 20 reiche der Friedens- und Entspannungspolitik spie-
 21 len dabei eine entscheidende Rolle und durch ih-
 22 re (Neu)Definierung können wir wichtige Narrative
 23 setzen und Veränderungen erzielen.

24

25 **Definition Friedens- und Entspannungspolitik**

26 Frieden bedeutet nicht nur die Abwesenheit (ge-
 27 waltsamer) Konflikte, sondern auch die Klärung
 28 sozio-ökonomischer Konflikte. Friedenspolitik ist die
 29 Herstellung und Bewahrung der Möglichkeiten ei-
 30 nes guten, selbstbestimmten Lebens für alle Men-
 31 schen. Sie darf nicht durch eigennützige Interessen
 32 bestimmt sein, sondern muss global gedacht wer-
 33 den. Sie muss im Dienst der Menschenrechte und
 34 der Demokratie stehen und ist im besten Sinne ideo-
 35 logisch und parteiisch.
 36 Als Leitsatz hat die Friedenspolitik inne: Nie wieder
 37 Faschismus und nie wieder Krieg - und zwar in ge-
 38 nau dieser Reihenfolge.

39

40 **Instrumente der Friedenspolitik**

41 Eine zentrale Frage im Rahmen des Themas der Frie-
 42 denspolitik sind deren Instrumente. Welche Mit-
 43 tel werden eingesetzt und wie werden diese legiti-
 44 miert?

Erledigt durch Beschlussfassung des ordentlichen
 Bundesparteitages 2019.
 Thematisch abgedeckt durch die Beschlüsse Ini 1, A
 39, A 52.
 Weiterleitung an die Kommission Internationale Po-
 litik (KIP) beim Parteivorstand

45 Dabei müssen vor allem zivile und militärische
46 Ansätze unterschieden werden. Diplomatische Lö-
47 sungsansätze haben dabei für uns immer Vor-
48 rang und militärische Interventionen sind nur als
49 Ultima Ratio zu sehen und nur mit internatio-
50 nalem Mandat auszuführen. Außerdem müssen
51 diese immer mit humanitären Maßnahmen ein-
52 hergehen. Aus dieser Forderung ergibt sich die
53 Notwendigkeit der Reformierung des Weltsicher-
54 heitsrates, da ein reines Einstimmigkeitsprinzip
55 zu einer ungerechtfertigten Blockadepolitik führen
56 kann. Deshalb fordern wir, dass ein System von
57 Checks and Balances eingeführt wird. So wäre beispielsweise die Einführung
58 eines Zweikammern Systems sinnvoll, in der z.B. die
59 zweite Kammer nötigenfalls mit einer 3/4 Mehrheit
60 den Sicherheitsrat überstimmen kann.

62 Für uns Sozialdemokrat*innen ist außerdem klar,
63 dass wir vor allem die Zivilgesellschaft in Krisen-
64 situationen stärken müssen. Zum einen mit mehr
65 Geld, aber auch mit mehr Personal. Auch müssen
66 Begegnungsräume geschaffen werden, in denen
67 sich die Menschen austauschen und Hilfe erfahren
68 können.

69 Aus diesen Forderungen ergibt sich, dass in Zu-
70 kunft Entwicklungs- und Handelspolitik immer als
71 Bestandteil der Friedenspolitik zu sehen sind, denn
72 nur wenn diese Faktoren mitgedacht werden, kann
73 ein dauerhafter Frieden entstehen.

- 74 • Diplomatische/ zivile Ansätze als erstes In-
75 strument der Friedenspolitik
- 76 • Militärische Interventionen als Ultima Ratio,
77 nur mit internationalem Mandat, nur mit hu-
78 manitären Maßnahmen
- 79 • Reformierung des UN-Sicherheitsrats
- 80 • Stärkung der Zivilgesellschaft
- 81 • Entwicklungs- und Handelspolitik als Teil der
82 Friedenspolitik verstehen

83

84 **Sanktionspolitik**

85 Auch der aktuelle Ansatz der Sanktionspolitik muss
86 weiter ausdifferenziert werden. Oftmals treffen
87 Sanktionen die Zivilbevölkerung, die das Aktuelle
88 ihrer Regierung nicht verschulden und bei denen
89 völliges Unverständnis hervorgerufen wird. Daher
90 braucht es eine breite Auswahl an Sanktionsstra-
91 tegien, die auf den jeweiligen konkreten Fall zu-
92 geschnitten werden können und gezielt die ver-
93 antwortlichen Personenkreise treffen. Dieser Ansatz

94 würde beispielsweise unterschiedliche Reaktionen
95 auf konkrete Vertragsverstöße oder allgemeine Ver-
96 stöße gegen das Völkerrecht bzw. auf aggressives
97 außenpolitisches Handeln ermöglichen.

98 So wäre bei internationalen Vertragsverletzungen
99 beispielsweise die Einführung von Pfandsystemen
100 eine gute diplomatische Lösung. Wenn internatio-
101 nale Verträge geschlossen werden, müssten dann
102 z.B. alle Vertragspartner*innen ein Pfand hinterle-
103 gen oder sich darauf einigen, was passiert, wenn
104 es zu einer Vertragsverletzung kommt. So könnte
105 man das oftmals schwerwiegende Argument der
106 willkürlichen Sanktionen beseitigen. Für uns blei-
107 ben Sanktionen in ihren verschiedenen Formen (ge-
108 zielte und allgemeine, diplomatische, wirtschaftli-
109 che, finanzielle, militärische) wichtige Mittel einer
110 wertebasierten, friedensorientierten Außenpolitik.
111 Pauschale Kritik an Sanktionen, wie sie z.B. im Fal-
112 le der Sanktionen gegen Russland wiederholt ge-
113 äußert wird, weisen wir zurück. Sicher muss bei
114 der Verhängung von Sanktionen vor unrealistischen
115 Erwartungen gewarnt werden. Sanktionen alleine
116 führen in der Regel nicht zum sofortigen Kurswech-
117 sel eines Regimes oder gar zur umfassenden Demo-
118 krasierung eines autoritären Regimes. Sie stellen
119 jedoch eine sinnvolle Alternative zur Straflosigkeit
120 einerseits und zum militärischen Eingreifen ande-
121 rerseits dar. Sanktionen schließen Verhandlungslö-
122 sungen nicht aus. Im Gegenteil können sie solche Ei-
123 nigungen sogar begünstigen. Umgekehrt kann die
124 Strategie einer Annäherung ohne Druckmittel zu ei-
125 ner Hinhaltetaktik der anderen Seite führen. Zudem
126 geht es bei der Verhängung von Sanktionen dar-
127 um, politische Grenzen zu markieren sowie eine ab-
128 schreckende Wirkung auf andere Staaten zu entfal-
129 ten. Um Sanktionen zielführend zu gestalten, müs-
130 sen klare Kriterien zur Normalisierung der Beziehun-
131 gen benannt werden, über deren Erfüllung verhan-
132 delt werden kann.

- 133 • Neue Ansätze der Sanktionspolitik finden

134

135 **Europäische Armee**

136 Wir Sozialdemokrat*innen müssen uns über die Rol-
137 le der Bundeswehr in der Zukunft klar werden. Be-
138 reits im Grundsatzprogramm der SPD aus dem Jahr
139 2007 tauchte der Begriff europäische Armee auf.
140 Wir fordern, dass diese in einer demokratisch legi-
141 timierten und an das Parlament gebundenen euro-
142 päischen Armee aufgeht, um die richtigen Weichen

143 zu stellen und ein gemeinsames Bewusstsein über
144 die anzugehenden Herausforderungen zu schaffen.
145 Einer genauen Begriffsdefinition einer europäischen
146 Armee bedarf es noch. Für uns klar erscheint, dass
147 eine Duplizierung der Einrichtungen keinen Sinn er-
148 gibt und ein europäisches Kommando an die Stel-
149 le der nationalen Streitkräfte tritt. Es muss zu ei-
150 ner ständigen strukturierten Zusammenarbeit auf
151 dem Gebiet der Verteidigungspolitik kommen. Das
152 Sicherheitsverständnis muss gemeinsam definiert
153 und verstanden werden "Krisen verhindern, Konflik-
154 te bewältigen, Frieden fördern". Ressortübergreifen-
155 de Ziele, Aufgaben und Handlungsfelder werden be-
156 nötigt.

157 Andere Ansätze können und müssen auf dem Weg
158 zu einer gemeinsamen Verteidigungsunion disku-
159 tiert werden.

- 160 • Beibehaltung des politischen Primats in den
161 Streitkräften
- 162 • gemeinsames Leitbild nach dem Prinzip der
163 inneren Führung
- 164 • Europa als Friedensprojekt
- 165 • Sicherstellung zukunftsfähiger Industriepoli-
166 tik
- 167 • gemeinsame Standards (Ausstattung, Verhal-
168 ten, Strukturen)
- 169 • Weiterentwicklung des Prinzips der Beruflich-
170 keit
- 171 • Verhinderung von Dopplung von Strukturen
172 und damit einhergehende Stärkung des euro-
173 päischen Pfeilers in der NATO

174

175 **Rüstungsexporte**

176 Wir setzen uns dafür ein, dass die Parteispitze der
177 SPD eine vernünftige Haltung gegenüber Waffenex-
178 porten einnimmt und diese Diktaturen von vornher-
179 ein unterbindet. Der Export von Waffen in Kriegs-
180 gebiete muss an strenge Kriterien geknüpft wer-
181 den, wie etwa die Selbstverteidigung gegen ter-
182 roristische Regime und Organisationen wie den IS
183 und die Hamas. Auf die Frage der Parteiführung,
184 wie ein solches Vorhaben zu erreichen ist, antwor-
185 ten wir mit der klaren Aussage, dass diese Gebie-
186 te leicht zu definieren sind und ein Export in je-
187 ne nach erfolgreicher Identifikation auf keinen Fall
188 stattfinden darf. Darüber hinaus fordern wir eine
189 Verstaatlichung der Rüstungsproduktion. Durch ei-
190 ne Verstaatlichung lässt sich die volle Kontrolle über
191 die Produktion erreichen. Nur so lässt sich sicherstel-

192 len, dass Rüstungsexporte nicht durch das markt-
193 wirtschaftliche Element von Angebot und Nachfra-
194 ge diktiert werden und ein Export in Krisengebiete
195 somit zu einem wirtschaftlich notwendigen Faktor
196 für die Bundesrepublik wird. Darüber hinaus lässt
197 sich nur so das Argument der Arbeitsplatzsicherung
198 durch Waffenexporte und -produktion umgehen, da
199 die Arbeitnehmer*innen dann Angestellte des Staa-
200 tes sind und als solche nicht ohne weiteres entlas-
201 sen werden können. Weiterhin lässt sich nur durch
202 eine Verstaatlichung der Rüstungsbetriebe der für
203 uns entscheidende demokratische Grundsatz reali-
204 sieren, der besagt, dass das Gewaltmonopol beim
205 Staat liegt.

206

207 **Abrüstung**

208 Für uns ist eine Welt ohne ABC-Waffen das erklär-
209 te langfristige Ziel. Nur so lässt sich von einer nach-
210 haltigen und erfolgreichen Friedenspolitik sprechen.
211 Zur Umsetzung dieses globalen Zieles bedarf es
212 einer gleichmäßigen und kontrollierten Abrüstung
213 aller Staaten, die über ABC-Waffen verfügen. Die-
214 se Kontrollinstanz muss aus den Vereinten Natio-
215 nen kommen. Eine reformierte UN muss die Be-
216 dingungen schaffen, um die Abrüstung der Staa-
217 ten zu gewährleisten und partnerschaftlich zu über-
218 wachen. Die Kontrollmechanismen müssen hier klar
219 und transparent ausgestaltet werden. Dabei müs-
220 sen die einzelnen, abrüstenden Staaten als gleich-
221 wertige Partner behandelt werden. Nur so lässt sich
222 eine nachhaltige Abrüstung im Rahmen einer mo-
223 dernisierten Friedenspolitik gewährleisten. Für ei-
224 ne dauerhaft nachhaltige Abrüstung ist es zudem
225 wichtig, dass der Export und die Produktion soge-
226 nannter „Dual Use“ Güter in Kriegs- und Krisen-
227 gebiete kontrolliert und im Zweifelsfall verhindert
228 wird, um eine erneute Aufrüstung zu verhindern.